

## Prominente Mitglieder der Alt-ddp



**Thomas Dehler**

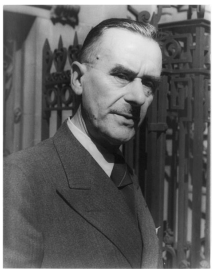
(\* 14. Dezember 1897 in Lichtenfels; † 21. Juli 1967 in Streitberg, Landkreis Ebermannstadt) war ein deutscher Politiker (DDP und FDP).

Von 1949 bis 1953 war er Bundesminister der Justiz und von 1954 bis 1957 Bundesvorsitzender der FDP.

Nach dem Abitur 1916 nahm Dehler als Soldat am Ersten Weltkrieg teil. Er begann dann ein Studium der Medizin, das er jedoch nach drei Semestern abbrach. Er absolvierte stattdessen ein Studium der Rechts- und Staatswissenschaften an der Ludwig-Maximilians-Universität München, an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und in Würzburg, das er 1920 mit dem ersten und 1923 mit dem zweiten juristischen Staatsexamen beendete. 1920 wurde er in Würzburg mit der Arbeit *Die Begründung des Strafurteils* zum Doktor der Rechte promoviert. Seit 1924 war er zunächst in München, ab 1925 in Bamberg, als Rechtsanwalt zugelassen

Von 1920 bis zu ihrer Auflösung durch die Nationalsozialisten 1933 war Dehler Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei (bzw. ab 1930: Deutsche Staatspartei). Seit 1926 war er Vorsitzender des Kreisverbandes Bamberg seiner Partei.

1954 wurde er zum Bundesvorsitzenden der FDP gewählt. Dieses Amt übte er bis 1957 aus.



**Thomas Mann**

(\* 6. Juni 1875 in Lübeck; † 12. August 1955 in Zürich) war ein deutschsprachiger Schriftsteller und zählt zu den bedeutendsten Erzählern deutscher Sprache im 20. Jahrhundert. Er knüpft an die Erzähltechniken des 19. Jahrhunderts an, vor allem an den weit ausholenden Gestus Tolstois und die Symbole und Leitmotive im Werk Theodor Fontanes und Richard Wagners. Charakteristisch für Thomas Manns Prosa sind Ironie (als Objektivität im Sinne Schopenhauers) und „heitere Ambiguität“ (Tagebuch 13. Oktober 1953). Bis zu *Der Zauberberg* (1924) überwiegen psychologischer Scharfblick und Durchschauen. Danach, in der „zweiten Hälfte“ des Gesamtwerks (Thomas Mann am 29. März 1949 an Hermann Ebers), werden mythologische Motive und religiöse Themen gestaltet. Weiter hinterlässt Thomas Mann ein bedeutendes essayistisches Werk. Seine durch Nebensätze und Einfügungen hoch verschränkte Erzählweise bewahrt Rhythmus und Balance. Sprache und Ton sind der jeweiligen Thematik angepasst. Die kalkulierte Wahl des Wortes erreicht höchste Treffsicherheit. Für seinen ersten Roman *Buddenbrooks* (1900, erschienen 1901) erhielt er 1929 den Nobelpreis für Literatur.

Die Ermordung des Reichsaußenministers Walther Rathenau am 24. Juni 1922 war mitauslösend für Manns Entscheidung, öffentlich für die Republik und ihre Werte einzutreten. Mit seiner Rede *Von deutscher Republik* trat er zum ersten Mal als politischer Mahner und Befürworter der neuen Staatsform hervor. Demokratie und Humanität, so Mann, seien eins, und da der Mensch dem Prinzip der Humanität folgen solle, habe er also nach einem demokratischen Zusammenleben zu streben. Er wurde auch Mitglied der liberaldemokratischen *Deutschen Demokratischen Partei*.



### Ludwig Quidde

(\* 23. März 1858 in Bremen; † 4. März 1941 in Genf), war ein deutscher Historiker, Publizist, Pazifist und linksliberaler Politiker in der Zeit des Deutschen Kaiserreichs und der Weimarer Republik. Er war ein prominenter Kritiker von Kaiser Wilhelm II. und erhielt 1927 den Friedensnobelpreis für seine Leistungen als treibende Kraft in der deutschen Friedensbewegung. Für die Ziele und die Organisation des Pazifismus engagierte er sich etwa als langjähriger Vorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG), Teilnehmer an und Redner bei verschiedenen internationalen Friedenskongressen sowie Organisator des 16. Weltfriedenskongresses 1907 in München.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde Quidde während der revolutionären Umbruchssituation in Bayern wie auch im gesamten Deutschen Reich (vgl. Münchner Räterepublik und Novemberrevolution) 1918 Vizepräsident des Provisorischen Bayerischen Nationalrates und 1919 Abgeordneter der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) in der Weimarer Nationalversammlung.<sup>[9]</sup> Die DDP war nach dem Krieg aus der Mehrheit der Fortschrittlichen Volkspartei und dem linken Flügel der Nationalliberalen Partei hervorgegangen und 1919/20 zusammen mit der SPD und der Zentrumspartei an der „Weimarer Koalition“, der ersten Regierung der Weimarer Republik, beteiligt.

Ab 1921 war er Vorsitzender der pazifistischen Dachorganisation Deutsches Friedenskartell (bis 1929). Er galt für die linksliberalen Jungdemokraten als Hoffnungsträger, in deren Zeitschrift *Echo der Jungen Demokratie* er bis 1933 publizierte



### Carl Petersen

(\* 31. Januar 1868 in Hamburg; † 6. November 1933 ebenda) war ein Jurist, deutscher Politiker (DDP) und in den Jahren von 1924 bis 1930 und von 1932 bis März 1933 Erster Bürgermeister von Hamburg.

Er studierte Rechtswissenschaft an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, wo er Mitglied des Corps Vandalia Heidelberg wurde und an der Universität Leipzig. Petersen promovierte 1890 zum Doktor der Rechte und ließ sich in Hamburg als Rechtsanwalt nieder. Später wurde ihm noch der Doctor h.c. in Medizin verliehen.

1918 war er Gründungsmitglied der Deutschen Demokratischen Partei und wurde im nächsten Jahr (nach dem Tod Friedrich Naumanns) deren 1. Vorsitzender. Nachdem er das Amt 1924 an Erich Koch-Weser abgegeben hatte, wurde er in der Endzeit der Weimarer Republik 1932 noch einmal gemeinsam mit Reinhold Maier und Hermann Dietrich gemeinsam Parteivorsitzender der nunmehr *Deutsche Staatspartei* genannten Partei.

Petersen gehörte 1919/20 der Weimarer Nationalversammlung an und war von 1920 bis Januar 1924 Reichstagsabgeordneter. In der Nationalversammlung war er Vorsitzender des Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Kriegsschuld.

Am 20. April 1918 wurde Petersen in den Hamburger Senat (→Hamburger Senat 1861–1919) gewählt. Petersen trat mit dem gesamten bisherigen Senat am 27. März 1919 zurück, er wurde in der Neuwahl am 28. März 1919 mit 103 Stimmen (von 160) wiedergewählt<sup>[3]</sup> und gehörte dem Senat dann bis März 1933 an. Von 1. Januar 1924 bis 31. Dezember 1929 war er Erster Bürgermeister von Hamburg, 1930/31 zweiter Bürgermeister, und vom 1. Januar 1932 bis zum 7. März 1933 wieder Erster Bürgermeister (→Hamburger Senat 1919-1933). Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten verlor er sein Amt.



### **Ernst Lemmer**

(\* 28. April 1898 in Remscheid; † 18. August 1970 in West-Berlin) war ein deutscher Politiker (DDP, CDU). Er war von 1956 bis 1957 Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen, von 1957 bis 1962 Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen sowie von 1964 bis 1965 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Lemmer, der evangelischen Glaubens war, besuchte das Realgymnasium in Remscheid, auf dem er 1914 auch das Abitur („Notabitur“) ablegte. Mit 16 Jahren trat er 1914 als Kriegsfreiwilliger in die Armee ein. Er nahm am Ersten Weltkrieg teil, wurde hoch dekoriert und schied als Leutnant aus. Nach dem Krieg studierte er Theologie, Geschichte und Nationalökonomie in Marburg und Frankfurt am Main. Anschließend war er von 1922 bis zur Zerschlagung der Gewerkschaften 1933 Generalsekretär des Gewerkschaftsrings deutscher Arbeiter- und Angestelltenverbände, des Dachverbandes der liberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine. Danach war er bis 1945 Korrespondent verschiedener ausländischer Zeitungen in Berlin. Unter anderem war er von 1938 bis 1944 der Berichterstatter des *Pester Lloyd* in Budapest.

Als langjähriger Vorsitzender der Parteijugend gehörte er seit Anfang der zwanziger Jahre dem Parteivorstand der DDP an. Sein Eintreten für den umstrittenen Bau des Panzerkreuzers A führte 1928 zu einer vor allem von Erich Lüth, einem entschiedenen Gegner der Aufrüstungspläne, initiierten Abwahlkampagne als Reichsführer der Jungdemokraten. Von Dezember 1924 bis November 1932 und März bis Juli 1933 war Lemmer Reichstagsabgeordneter.



### **Reinhold Maier**

(\* 16. Oktober 1889 in Schorndorf; † 19. August 1971 in Stuttgart) war ein deutscher Politiker (DDP und FDP/DVP) und der erste Ministerpräsident von Baden-Württemberg.

Das Referendariat der Jurisprudenz absolvierte er in Ravensburg, anschließend wurde er in Heidelberg zum Doktor der Rechte promoviert

Maier trat 1918 der linksliberalen DDP bei. 1924 wurde er Vorsitzender des Stuttgarter Kreisverbandes der DDP. 1945 beteiligte sich Maier an der Gründung der Demokratischen Volkspartei (DVP), die nicht mit der unter gleicher Abkürzung bekannten Deutschen Volkspartei der Weimarer Republik verwechselt werden darf. Die DVP schloss sich 1948 der FDP an. Von 1957 bis 1960 war er Bundesvorsitzender der FDP, anschließend bis zu seinem Tode Ehrenvorsitzender.



### **Gertrud Bäumer**

(\* 12. September 1873 in Hohenlimburg heute Hagen; † 25. März 1954 in den v. *Bodelschwinghschen Anstalten* in Bethel) war eine deutsche Frauenrechtlerin und Politikerin (DDP)

1892 trat sie ihre erste Stelle an und knüpfte bald darauf, durch ältere Kolleginnen vermittelt, Kontakte zum *Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenverband* (ADLV), dessen Vorstand sie ab 1901 angehörte. Weil sie glaubte, den dort an sie gestellten Anforderungen nicht entsprechen zu können, entschloss sie sich, ihre Bildung durch ein Universitätsstudium zu vertiefen (vgl. Bäumer 1933a, 135). 1898 wechselte sie deshalb nach Berlin, wo sie zwei Jahre später ihr Oberlehrerinnenexamen bestand, das die Voraussetzung für die Aufnahme eines Studiums war. Der Wunsch zu studieren war auch für Frauen „aus gutem Haus“ ungewöhnlich.

Im Jahr 1919 gründete Gertrud Bäumer gemeinsam mit Friedrich Naumann und anderen die *Deutsche Demokratische Partei* (DDP). Theodor Heuss gehörte zu ihren ersten Mitgliedern. Die Hochschätzung, die Gertrud Bäumer innerhalb der Partei genoss, lässt sich wohl am besten daran ersehen, dass sie bis 1930 in Folge das Amt der dritten Vorsitzenden innehatte. Außerdem gehörte sie 1919 der Nationalversammlung und bis 1932 durchgängig dem Reichstag an.

1920 wurde Gertrud Bäumer als Ministerialrätin in das Reichsinnenministerium berufen, wo sie für die Referate Jugendwohlfahrt und Schulwesen zuständig war. Daneben war sie von 1926 bis 1933 Delegierte der Reichsregierung beim Völkerbund in Genf. Ihre publizistische Arbeit im Rahmen der Frauenbewegung war unermülich.



**Wilhelm Külz**

(\* 18. Februar 1875 in Borna; † 10. April 1948 in Berlin) war ein deutscher Politiker (DDP, LDPD). 1926 war er Reichsinnenminister, 1945 bis 1948 Vorsitzender der LDPD

Er stammte aus einer sächsischen Pfarrersfamilie, legte 1894 das Abitur an der Landesschule Sankt Augustin in Grimma ab. Er studierte Rechts- und Staatswissenschaften an den Universitäten Leipzig und Tübingen, promovierte zum Dr. sc. pol. Külz war zunächst Anhänger der Nationalliberalen Partei. 1918 wurde er Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Von 1920 bis 1933 war er DDP-Landesvorsitzender im Freistaat Sachsen. 1919 war er Abgeordneter der Weimarer Nationalversammlung und von 1922 bis 1932 des Deutschen Reichstags. Im Januar 1926 wurde er zum Reichsinnenminister im Kabinett des Kanzlers Hans Luther berufen

1931 wurde Külz als gemeinsamer republikanischer Kandidat zum Oberbürgermeister von Dresden gewählt. Als er es im März 1933 ablehnte, die Hakenkreuzflagge auf dem Rathaus zu hissen, wurde er von Reichskommissar Manfred von Killinger des Amtes enthoben. 1935 zog er nach Berlin-Wilmersdorf, arbeitete als Rechtsanwalt und Mitarbeiter von Wirtschaftsverbänden und pflegte Kontakte zu verschiedenen Widerstandskreisen.



**Ernst Cassirer**

(\* 28. Juli 1874 in Breslau; † 13. April 1945 in New York) war ein deutscher Philosoph. Er forschte und lehrte zunächst in Berlin, ab 1919 als Philosophieprofessor an der Universität Hamburg. 1933 wurde ihm als Juden dort der Lehrstuhl entzogen. Im gleichen Jahr verließ er das nationalsozialistische Deutschland und ging zunächst nach Großbritannien ins Exil, wenig später nach Schweden, wo er 1939 schwedischer Staatsbürger wurde, 1941 schließlich in die USA. In der Emigration war er Gastprofessor in Oxford, anschließend Inhaber eines philosophischen Lehrstuhls in Göteborg und später Professor an der Yale-Universität und an der Columbia-Universität in New York.

Bekannt wurde Cassirer durch sein kulturphilosophisches Hauptwerk, die *Philosophie der symbolischen Formen*. Daneben verfasste er eine Reihe von erkenntnis- und wissenschaftstheoretischen und philosophiehistorischen Schriften.



**Eduard Hamm**

(\* 16. Oktober 1879 in Passau; † 23. September 1944 in Berlin) war ein deutscher Jurist und Politiker (DDP). Eduard Hamm wurde am 16. Oktober 1879 als Sohn eines Oberlandesgerichtsrates in Passau geboren. Nach dem Besuch der Gymnasien in Metten und Deggendorf sowie dem Abitur am Gymnasium bei Sankt Stephan in Augsburg nahm er ein Studium der Rechtswissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München auf, das er 1902 mit dem ersten und 1905 mit dem zweiten juristischen Staatsexamen beendete. Anschließend trat er in den bayerischen Staatsdienst ein. Er war seit 1906 als Hilfsarbeiter im bayerischen Justizministerium tätig, arbeitete dann als Dritter Staatsanwalt am Landgericht München II und wirkte 1908/09 als Rechtsrat in Lindau am Bodensee. Danach fungierte er als Bezirksamtsassessor in Memmingen. Hamm wurde 1911 ins bayerische Staatsministerium des Innern berufen und 1916 von diesem als Vorstandsmitglied in die Zentral-Einkaufsgesellschaft abgeordnet. In der Folgezeit war er als Rat im Berliner Kriegsernährungsamt tätig, bis er 1917 ins bayerische Innenministerium zurückkehrte. Anfang 1918 wurde er Legationsrat in der Handelsabteilung des bayerischen Ministeriums des Äußeren. Hamm war von 1925 bis 1933 geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Industrie- und Handelskammertages und gleichzeitig Hamm amtierte vom 31. Mai 1919 bis zum 24. Juli 1922 als Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie Minister für Handel, Industrie und Gewerbe Mitglied des Vorläufigen 1922/23 war er Staatssekretär in der Reichskanzlei unter Wilhelm Cuno. Vom 30. November 1923 bis zum 15. Januar 1925 amtierte er als Reichswirtschaftsminister in der von Reichskanzler Wilhelm Marx geleiteten Regierung. Reichswirtschaftsrates.



**Gustav Böß** (rechts)

(\* 11. April 1873 in Gießen; † 6. Februar 1946 in Bernried; vollständiger Name *Gustav August Johann Heinrich Böß*) war ein promovierter Jurist, Kommunalpolitiker der DDP und in den 1920er Jahren Oberbürgermeister von Berlin. Der Sohn eines Prokuristen besuchte zunächst das Gießener Realgymnasium (heute: Gymnasium Herderschule) und begann daraufhin ein Studium der Rechtswissenschaften und der Volkswirtschaft an der Ludwigs-Universität Gießen, welches er mit der Promotion abschloss. Er war Mitglied des Corps Hassia.<sup>[1]</sup> Nach einer Tätigkeit im Hessischen Finanzdienst und bei der Verwaltung der Preußisch-Hessischen Eisenbahngemeinschaft, wurde er 1910 Verkehrsstadtrat in Schöneberg unter den Oberbürgermeistern Rudolph Wilde und Alexander Dominicus. Später im Jahre 1912 mit der Mitgliedschaft der Stadt Schöneberg im „Zweckverband Groß-Berlin“ wurde er auf Vorschlag der DDP zum Kämmerer der Stadt Berlin gewählt.

Am 20. Januar 1921 wurde Gustav Böß dann von der Stadtverordnetenversammlung zum Berliner Oberbürgermeister gewählt. Als Oberbürgermeister Berlins regiert er dabei zu einer Zeit eine der bedeutendsten Metropolen Europas, die in Deutschland später die Goldenen Zwanzigerjahre genannt wurden. Böß setzte sich dabei für eine stärkere Zentralisierung des Zwecksverbandes Groß-Berlin ein, welche allerdings immer wieder von den Bezirksämtern erfolgreich abgewehrt werden konnte. In seiner Zeit setzt er sich verstärkt für den Spiel- und Sportstättenbau und die Schaffung von Parks ein, die zum Teil durch die Berliner Wirtschaft finanziert werden konnten. In seiner Zeit wurden das Poststadion, die Sportplätze in Charlottenburg, am Rande des Grunewaldes und im Volkspark Jungfernheide, der Dominicus-Sportplatz im heutigen Sportzentrum Schöneberg und das Mommsenstadion gebaut. Daneben setzte er sich für die Kunst ein, wie etwa durch die Umwandlung des "Deutschen Opernhauses" in eine Städtische Oper und die Förderung junger Künstler durch die seit 1924 regelmäßig veranstalteten Rathauskonzerte. In seiner Zeit fielen außerdem große Bauprojekte wie die Messe Berlin und der Flughafen Tempelhof.



### **Wilhelm Abegg**

(\* 29. August 1876 in Berlin; † 18. Oktober 1951 in Baden-Baden) war als linksliberaler Staatssekretär im preußischen Innenministerium bis kurz vor seiner Emigration 1933 der Begründer und Leiter der modernen preußischen Polizei nach dem Ersten Weltkrieg. Er war Gründungsmitglied der Bewegung Freies Deutschland in der Schweiz. Abegg studierte in Berlin und Göttingen Rechtswissenschaften. In Göttingen wurde er Mitglied des Corps Hannovera. Abegg wurde 1903 in Göttingen zum Dr. iur. promoviert und absolvierte eine kaufmännische Ausbildung. Seit 1907 als Verwaltungsjurist im preußischen Staatsdienst tätig (u.a. 1912-19 als Regierungsrat am Polizeipräsidium Berlin), leitete er seit 1923 als Ministerialdirektor die Polizeiabteilung im preußischen Innenministerium, bevor er 1926 zum Staatssekretär und ständigen Vertreter des preußischen Innenministers Wilhelm Külz ernannt wurde. Außerdem war Abegg Mitglied der DDP und dem überparteilichen Bündnis für Demokratie Reichsbanner



### **Erich Lüth**

(\* 1. Februar 1902 in Hamburg; † 1. April 1989 in Hamburg), war Publizist und unter anderem Direktor der Staatlichen Pressestelle Hamburg. Lüth begann 1923 als Volontär in der Hamburger Redaktion des Ullstein-Verlags Berlin seine Ausbildung. Anschließend war er Redakteur beim „Hamburger Anzeiger“ und Vorsitzender der Hamburger Jungdemokraten. 1928 wurde er für die DDP Mitglied der Hamburger Bürgerschaft. Daneben war Lüth in der Deutschen Friedensgesellschaft aktiv und gehörte in seiner Partei zum pazifistischen Flügel



### **Peter Reinhold**

(\* 1. Dezember 1887 in Blasewitz; † 1. April 1955 auf Capri, Italien) war ein deutscher Verleger und Politiker (DDP). Nach dem Abitur im Jahre 1906 am Vitzthum-Gymnasium in Dresden studierte Reinhold Geschichte, Nationalökonomie, Völkerkunde und Kunstgeschichte in Rom, Genf, Freiburg im Breisgau, Berlin und Leipzig. Er promovierte 1910 mit der Arbeit *Die Empörung König Heinrichs VII. gegen seinen Vater* zum Dr. phil. in Leipzig. Er unternahm anschließend Reisen ins Ausland und leitete seit 1913 den Verlag des *Leipziger Tageblatts*, den er 1921 an den *Ullstein Verlag* verkaufte. Daneben gründete er zusammen mit Kurt Wolff den Verlag *Der Neue Geist*. Weiterhin übernahm er die Zeitschrift *Europäische Revue*. Auch betätigte er sich in diesen Jahren als Schriftsteller. Reinhold schloss sich nach dem Ersten Weltkrieg der DDP an. Reinhold gehörte von 1919 bis 1924 der sächsischen Volkskammer bzw. dem sächsischen Landtag an. Von Mai 1928 bis Juli 1932 war er Mitglied des Reichstags. Im Parlament vertrat er den Wahlkreis Hessen-Nassau.



### **Hermann Anders Krüger**

Literaturwissenschaftler



### **Emmi Beckmann**

Frauenrechtlerin



### **Johann Heinrich von Bernstorff**

(\* 14. November 1862 in London, Vereinigtes Königreich; † 6. Oktober 1939 in Genf, Schweiz) war ein deutscher Diplomat. Er stammte aus einer einflussreichen dänisch-deutschen Politiker- und Diplomatenfamilie und machte ebenfalls Karriere im diplomatischen Dienst. Bernstorff, der in London als Sohn des damaligen preußischen Gesandten

Albrecht von Bernstorff und jüngerer Bruder von Percy Graf von Bernstorff geboren wurde, durchlief mehrere Stationen im diplomatischen Dienst des Deutschen Reiches: Konstantinopel, Belgrad, Sankt Petersburg, München und London, wo er von 1902 bis 1906 als Botschaftsrat amtierte. Weltpolitische Bedeutung erlangte er erstmals 1906, als er von seinem Dienort Kairo aus versuchte, die Marokkokrise zu entschärfen. Von 1908 bis 1917 war Bernstorff deutscher Botschafter in den USA.

Nach Kriegsende lehnte Bernstorff den angebotenen Außenministerposten ab und quittierte den aktiven Dienst. Für die liberale Deutsche Demokratische Partei zog er kurz darauf in den Reichstag ein, dem er von 1921 bis 1928 angehörte. 1922 wurde er Präsident der Deutschen Liga für den Völkerbund und setzte sich für den Eintritt Deutschlands in diese von vielen Deutschen als Organisation der Entente abgelehnte Staatengemeinschaft ein. 1929 wurde er zum Präsidenten des internationalen Verbands der Völkerbundlichen gewählt. Zwischen 1926 und 1931 vertrat er Deutschland als Delegierter bei der „Abrüstungskonferenz für internationale Verständigung“. 1933 emigrierte Bernstorff angesichts der Machtübernahme der Nationalsozialisten in die Schweiz.



**Gustav Stolper**

(\* 25. Juli 1888 in Wien; † 8. Dezember 1947 in New York City) war ein deutsch-österreichischer Nationalökonom, Wirtschaftsjournalist und liberaler Politiker.

Nach dem Abschluss der höheren Schule studierte Stolper Nationalökonomie und Rechtswissenschaften. Er schloss 1911 mit der Promotion ab.

Seit 1925 lebte und arbeitete Stolper in Berlin. Dort sah er für seine politischen Ideen größere Wirkungsmöglichkeiten. Er war zunächst Chefredakteur für Politik und Wirtschaft beim Berliner Börsen-Courier. Seit 1926 war er Chefredakteur der Zeitschrift „Der deutsche Volkswirt. Zeitschrift für Politik und Wirtschaft.“ Eng befreundet war er mit Theodor Heuss und Kurt Riezler. Daneben engagierte sich Stolper politisch in der Deutschen Demokratischen Partei. In dieser wurde er Mitglied des Vorstandes auf Reichsebene. Er hat das Wirtschaftsprogramm der Partei maßgeblich mitverfasst. Seit 1930 war er Spitzenkandidat der Deutschen Staatspartei und zog für diese in den Reichstag ein. Diesem gehörte er bis 1933 an. Zu dieser Zeit erschien auch sein Werk „Die wirtschaftlich-soziale Weltanschauung der Demokratie“ (1930). In der Zeit des Nationalsozialismus emigrierte Stolper in die USA.



**Ernst Trendelenburg**

(\* 13. Februar 1882 in Rostock; † 28. April 1945 in Berlin-Dahlem) war ein deutscher Jurist und Politiker. Nach dem Abitur nahm er ein Studium der Rechtswissenschaften in Bonn und Leipzig auf, welches er mit der Promotion zum Dr. jur. beendete. Er war seit 1908 als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter im Reichsjustizamt tätig, übernahm anschließend Aufgaben im Reichsamt des Innern und wechselte 1917 als Vortragender Rat ins Reichswirtschaftsamt. Außerdem war er von 1912 bis 1919 Generalsekretär der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. Nach dem



Ersten Weltkrieg schloss Trendelenburg sich der neu gegründeten DDP an und war von 1919 bis 1922 Reichskommissar für Ein- und Ausfuhrbewilligungen. Anschließend wurde er als Ministerialdirigent ins Reichswirtschaftsministerium berufen. Ernst Trendelenburg amtierte von 1923 bis 1932 als erster Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium. Vom 26. Juni 1930 bis zum 9. Oktober 1931 sowie vom 28. April bis zum 30. Mai 1932 war er kommissarischer Reichsminister für Wirtschaft im ersten und zweiten Kabinett von Reichskanzler Heinrich Brüning. In seinen Funktionen war er u. a. an der Ausführung des Dawes- sowie des Young-Plans beteiligt. 1932/1933 Vertreter Deutschlands als Untergeneralsekretär beim Völkerbund, 1934 wurde er Aufsichtsratsvorsitzender der Vereinigten Industrieunternehmen AG sowie der Reichs-Kredit-Gesellschaft AG, 1935 Leiter der Reichsgruppe Industrie



### **Hermann Mulert**

(\* 11. Januar 1879 in Niederbobritzsch; † 22. Juli 1950 in Mügeln), war ein protestantischer Theologe. Nach Abschluss des Gymnasialbesuches in Freiberg studierte Mulert Theologie an den Universitäten Leipzig und Marburg. 1920 wurde er zum ordentlichen Professor für Systematische Theologie an der Universität Kiel ernannt. Mulert, der seit 1918 der DDP und bis zu deren Auflösung im Jahre 1933 der Staatspartei angehörte, war Mitglied des Protestantentbundes, des Volkskirchenbundes und der Landessynode.



### **Julius Lippmann**

(\* 22. Juli 1864 in Danzig; † 1934 in Berlin) war Jurist und Politiker. Lippmann begann im Sommersemester 1882 das Studium der Rechtswissenschaften an der Friedrich-Wilhelm Universität Berlin. Nach seinem Studium war er Rechtsanwalt in Stettin und wurde später zum Justizrat ernannt. Julius Lippmann war Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei und nach deren Auflösung Ende 1918 Mitglied der DDP. Er war von 1908 bis 1919 im Preußischen Abgeordnetenhaus, 1919/1920 in der Weimarer Nationalversammlung und von 1919 bis 1930 Oberpräsident in der Provinz Pommern.



### **Peter Bruckmann**

(\* 13. Januar 1865 in Heilbronn; † 2. März 1937 ebenda) war ein deutscher Gold- und Silberwarenfabrikant und zweimal Vorsitzender des Deutschen Werkbundes. In seiner Heimatstadt Heilbronn wurde er 1926 mit der Ehrenbürgerwürde ausgezeichnet.

Peter Bruckmann besuchte die Kunstgewerbeschule und die Technische Hochschule in München, danach übernahm er 1887 zusammen mit seinem Bruder Ernst Bruckmann den väterlichen Betrieb, die Silberwarenfabrik Peter Bruckmann & Söhne in Heilbronn, die von seinem Großvater Georg Peter Bruckmann (1778–1850) im Jahr 1805 gegründet worden war und überwiegend Bestecke fertigte. Peter Bruckmann war dabei vornehmlich für den künstlerischen Bereich verantwortlich.

Bruckmann war seiner demokratischen Überzeugung gemäß Parteimitglied der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und von 1915 bis 1933 Mitglied des Landtags in Württemberg. Vom 6. Januar 1921 bis 1933 war er als Nachfolger von Conrad Haußmann Landesvorsitzender der DDP in Württemberg.



**Ludwig Haas**

(1875–1930), Rechtsanwalt, Reichstagsabgeordneter, Badischer Minister, Offizier im Ersten Weltkrieg

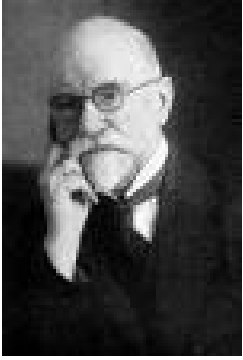


**Rudolf Oeser**

(\* 13. November 1858 in Coswig; † 3. Juni 1926 in Berlin) war ein deutscher Journalist und Politiker (Deutsche Fortschrittspartei, Freisinnige Volkspartei, später DDP).

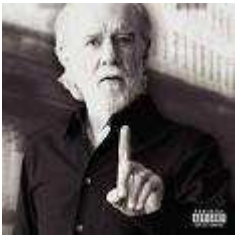
Nach dem Abitur studierte er Philosophie und Nationalökonomie in Berlin, nahm anschließend eine journalistische Tätigkeit auf und war seit 1890 Chefredakteur bei der *Ulmer Zeitung*. Er wurde 1892 Mitarbeiter der politischen Abteilung der *Frankfurter Zeitung* und bearbeitete dort von 1897 bis 1917 als Redakteur wirtschaftspolitische Themen. Im Anschluss war er Hauptschriftleiter und Direktor der *Ostsee-Zeitung* in Stettin.

In der Zeit der Weimarer Republik war er Mitglied der DDP. Oeser war von 1902 bis 1919 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses und gehörte von 1907 bis 1912 dem Reichstag an. Von 1919 bis 1924 war er Mitglied des preußischen Landtags. Oeser amtierte vom 25. März 1919 bis zum 21. April 1921 als preußischer Minister für öffentliche Arbeiten und gehörte den von den Ministerpräsidenten Paul Hirsch und Otto Braun geführten Staatsregierungen an. Seit 1921 war er Landeshauptmann der preußischen Provinz Sachsen. Oeser wurde am 22. November 1922 als Reichsinnenminister in die von Reichskanzler Wilhelm Cuno geführte Regierung berufen. Vom 13. August 1923 bis zum 11. Oktober 1924 war er Reichsverkehrsminister in den Kabinetten der Reichskanzler Gustav Stresemann und Wilhelm Marx. Von 1924 bis 1926 war er Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft.



### **Paul Rohrbach**

(\* 29. Juni 1869 in Irgen bei Goldingen in Kurland<sup>[1]</sup>; † 19. Juli 1956 in Langenburg in Württemberg) war evangelischer Theologe, politischer Publizist, Kolonialbeamter und Reiseschriftsteller. Er studierte in Dorpat, Geschichte und in Berlin Geschichte, Geographie, Volkswirtschaft und Theologie. Im August 1891 promovierte er in Berlin. Von 1903 bis 1906 war Rohrbach im Kolonialdienst in Deutsch-Südwestafrika als Ansiedlungskommissar und Wirtschaftssachverständiger tätig. Anschließend kehrte er nach Berlin zurück und wurde Dozent für Kolonialwirtschaft an der dortigen Handelshochschule. Von 1914 bis 1918 war er Mitarbeiter im Reichsmarineamt, dann im Auswärtigen Amt, wo er sich als Wortführer einer antirussischen Politik hervortat. Nach dem Ersten Weltkrieg engagierte er sich weiterhin in parteipolitischer Arbeit in der Deutschen Demokratischen Partei (1920-1926). Rohrbach hatte auch in der Weimarer Republik großen Einfluss auf die politische Meinungsbildung in der Außenpolitik, die insbesondere in der Herausgabe einer Leitartikel-Korrespondenz an führende Tageszeitungen begründet war.



### **Georg Schümer**

(\* 11. Dezember 1873 in Schüttorf; † 1. Juni 1945 ebenda) war evangelisch-reformierter deutscher Pädagoge und Politiker. Seit 1898 gehörte Georg Schümer zur Führungsspitze des Nationalsozialen Vereins Friedrich Naumanns (1860-1919) in der Grafschaft Bentheim. Das Erlebnis des Ersten Weltkriegs führte ihn zum Pazifismus. So gründete und leitete Georg Schümer in Magdeburg die dortige Ortsgruppe der „Deutschen Friedensgesellschaft“ (DFG). Weiterhin betätigte er sich im Protestantenverein und im Präsidium der „Deutschen Liga für Menschenrechte“, die er 1926 mit zahlreichen bekannten Mitgliedern aufgrund verbandsinterner Streitigkeiten über den Führungsstil des Vorstands demonstrativ verließ. Zuvor war er bereits Vorstandsmitglied der 1922 von ihm gegründeten und 1924 mit der „Deutschen Liga für Menschenrechte“ fusionierten „Gesellschaft für republikanisch-demokratische Politik“ gewesen. Das langjährige Vorstandsmitglied des „Bundes deutscher Bodenreformer“ trat 1918 wie der frühere nationalsoziale Parteiführer Friedrich Naumann der linksliberalen „Deutschen Demokratischen Partei“ (DDP) bei und kam für sie 1919 im Wahlkreis Magdeburg in die Preußische Landesversammlung. Im selben Jahr wurde er Mitglied der verfassunggebenden preußischen Kirchenversammlung, wobei er dort dem äußersten linken Flügel angehörte. Bei der preußischen Landtagswahl von 1921 kandidierte er erneut für die DDP.



### **Ernst Jäckh**

(\* 1875 in Urach; † 1959 in New York City) war Journalist, Geschäftsführer des Deutschen Werkbundes, Publizist, und Hochschullehrer an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin, dem New Commonwealth Institute in London und

der Columbia University in New York City. Bekannt wurde Jaeckh v. a. für sein Engagement für eine liberale parlamentarische Demokratie in Deutschland nach 1918 in der DDP.

Nach seiner Promotion 1902 war Jaeckh bis 1912 Chefredakteur der Heilbronner *Neckar-Zeitung*. Jaeckh gründete gemeinsam mit Peter Bruckmann den Heilbronner Goethebund, mit dessen Unterstützung 1911–1913 das Stadttheater Heilbronn entstand. 1912 folgte Jaeckh Bruckmann nach Berlin und engagierte sich beim Deutschen Werkbund, dessen Vorsitzender er 1932 wurde. Ab 1914 war er auch Herausgeber der Zeitungen *Das Größere Deutschland* und *Deutsche Politik* (gemeinsam mit Paul Rohrbach), sowie der *Deutschen Orientbücherei*. 1920 gründete Jaeckh mit zahlreichen demokratisch gesinnten Intellektuellen, u.a. dem jungen Theodor Heuss, dem Historiker Friedrich Meinecke und dem preußischen Kultusminister und Islamwissenschaftler Carl Heinrich Becker, die Deutsche Hochschule für Politik in Berlin, und engagierte sich mit ihnen für einen Beitritt Deutschlands in den Völkerbund, sowie für die junge Weimarer Republik. 1930 veröffentlichte er die Schrift *Politik als Wissenschaft*. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 emigrierte Jaeckh nach London, wo er von 1933 bis 1940 am New Commonwealth Institute tätig war und ein transatlantisches Bündnis gegen die kommunistische Sowjetunion konzipierte. 1940 folgte Jaeckh dem Ruf an die Columbia University in New York City; daneben ging er einer diplomatischen Tätigkeit für Großbritannien nach. An der Columbia University war er 1948 an der Gründung von deren Middle East Institute beteiligt.



**Walther Schücking**

(\* 6. Januar 1875 in Münster (Westfalen); † 25. August 1935 in Den Haag) war liberaler Politiker, Völkerrechtler und erster ständiger Richter aus Deutschland am Ständigen Internationalen Gerichtshof in Den Haag von 1930 bis 1935. Nach dem Studium der Staats- und Rechtswissenschaften von 1894 bis 1897 in München und Göttingen promovierte Walther Schücking bei Ludwig von Bar über ein völkerrechtliches Thema und habilitierte sich bereits 1899 an der Georg-August-Universität Göttingen über ein rechtshistorisches Thema „Der Regierungsantritt“. Im Jahre 1900 wurde er als der jüngste außerplanmäßige Professor in Preußen gegen den Willen der Fakultät an die Universität Breslau und 1902 zunächst als außerordentlicher, ein Jahr später als ordentlicher Professor an die Universität Marburg berufen. Er forderte für Preußen den Übergang zu einem parlamentarischen Regierungssystem, die Gleichstellung der Frau, die Trennung von Staat und Kirche, den Ausgleich zwischen Kapitalismus und Sozialismus, die Versöhnung von Nationalismus und Internationalismus und die Integration der Sozialdemokratie in den Staat.

Nach Ausrufung der Republik trat Schücking der neu gegründeten DDP bei, in der er zunächst führend tätig war, und war von 1919 bis 1928 Mitglied des Reichstages für den Wahlkreis Hessen-Nassau. Angesichts seines internationalen Ansehens als Pazifist und als Völkerrechtler war er einer der sechs deutschen Hauptdelegierten bei den Versailler Friedensverhandlungen. Über das Ergebnis, das zum Nachteil Deutschlands so gar nicht zu seiner völkerverbindenden Ideen passte, war Schücking tief enttäuscht. Er riet von der Ratifizierung des Friedensvertrags ab und begründete dies für die Mehrheit seiner Fraktion in der Nationalversammlung. Trotzdem trat er für den Völkerbundgedanken ein und war maßgeblich an der Gründung der Deutschen Liga für Völkerbund beteiligt. Im November 1918 wurde Schücking zum Vorsitzenden der vom Rat der Volksbeauftragten berufenen *Kommission zur Untersuchung der Anklagen wegen völkerrechtswidriger Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland* eingesetzt. Er war Mitglied und seit 1924 Vorsitzender des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der u.a. die Kriegsentstehung, Deutschlands Haltung bei den Haager Friedenskonferenzen, die versäumten Friedensmöglichkeiten und die Verletzungen des Völkerrechts im Weltkrieg untersuchten.



### **Hermann Maas**

(\* 5. August 1877 in Gengenbach, Schwarzwald, Deutschland; † 27. September 1970 in Heidelberg) war ein evangelischer Pfarrer und Pionier des jüdisch-christlichen Dialogs.

Nach Schulzeit in Gernsbach (Baden) und Studium der evangelischen Theologie in Halle (Saale), Straßburg und Heidelberg, wirkte er zunächst als Vikar in Rheinbischofsheim und Weingarten und war seit 1903 als Pfarrer in Laufen/Sulzburg tätig. Ab 1915 war er Pfarrer an der Heiliggeistkirche in Heidelberg.

1913 - 1922 leitete er die liberale Zeitschrift „Süddeutsche Blätter für Kirche und freies Christentum“. 1918 trat er der DDP (Deutsche Demokratische Partei) bei und war für diese über zwei Legislaturperioden im Heidelberger Stadtrat tätig. 1932 trat Maas dem „Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ bei. Auch im Pfarrernotbund engagierte er sich seit 1933/1934. In Heidelberg leitete er eine Hilfsstelle für „rassisch“ Verfolgte und arbeitete eng mit dem Büro Grüber in Berlin zusammen. Emil Fuchs schreibt, er habe eine regelrechte „Untergrundbahn“ (ein Begriff aus der US-amerikanischen Sklavenbefreiung) für Verfolgte organisiert. Gemeint ist damit, dass Maas mit seinen internationalen Kontakten bis zum Kriegsbeginn 1939 vielen Juden zur Auswanderung verhelfen konnte. Trotz Berufsverbots predigte er gegen die Judenverfolgung der Nazis. 1943 wurde er auf Druck des Regimes durch den Evangelischen Oberkirchenrat zwangsweise in den Ruhestand versetzt. Schließlich wurde er zur Zwangsarbeit nach Frankreich verschleppt.



### **Carola Barth**

(\* 1879; † 1959) war eine Oberstudiendirektorin und Theologin.

Carola Barth wurde 1907 im Fach Theologie an der Universität Jena promoviert und damit als erste Frau in diesem Fach an einer deutschen Universität. 1927 erhielt sie die Ehrendoktorwürde der Theologischen Fakultät der Universität Königsberg. Zunächst arbeitete sie in Köln und Frankfurt am Main als Religionslehrerin und Schulleiterin. Bis zur „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten war sie als Abgeordnete der DDP nach dem 2. Weltkrieg als Abgeordnete der CDU im Frankfurter Stadtparlament tätig. Dort gehörte sie dem liberalen Flügel an. Carola Barth erlang eine sehr hohe Reputation, indem sie sich in zahlreichen, auch internationalen, Zusammenschlüssen führend engagierte, die die Reform des Religionsunterrichts und ein freiheitliches Christentum zum Ziel hatten. Als liberale Theologin setzte sie sich für einen Religionsunterricht ein, der sich entwicklungspsychologisch und religionsgeschichtlich begründete. In ihrer Kirche war sie Vorkämpferin der Frauenpolitik und der Ökumene.